



3. Juni 2016

CDU

57. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

bis zur Sommerpause gibt es noch viel zu tun: Die Koalition verhandelt u.a. die künftige Ausgestaltung der Leistungen für behinderte Menschen im Bundes-
teilhabegesetz. Das

Integrationsgesetz wird auf

den Weg gebracht und zügig beraten, um in erster Linie anerkannten Flüchtlingen Angebote zu machen und Integration einzufordern. Intensiv wird die Zukunft des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes diskutiert, bei dem das richtige Maß zwischen vernünftiger Förderung von Wind-, Solar- und Biomassenenergie und dem Netzausbau gefunden werden muss. Die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen ist noch ein offenes Vorhaben, bei dem sich die SPD daran festhalten lassen muss, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Gleichzeitig arbeiten wir an dem Zukunftsthema Digitalisierung genauso weiter wie an der inneren Sicherheit. Schließlich hat der Bundesfinanzminister eine gute Lösung für die Griechenlandhilfe erreicht.

Die Bürger interessiert am meisten, ob wir für ihre Sorgen und die wichtigen Zukunftsfragen unseres Landes eine vernünftige Antwort finden und zugleich in schwieriger internationaler Lage eine gute Europa- und Außenpolitik machen. Dem sollten wir unsere Aufmerksamkeit und Energie widmen.

Ihre 
Ingrid Pahlmann MdB

Integration fördern und fordern

Der auf der Kabinettklausur in Meseberg beschlossene Entwurf eines Integrationsgesetzes wurde als Fraktionsinitiative eingebracht und in erster Lesung beraten. Er enthält für anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive Maßnahmen, mit denen wir sie fördern und fordern wollen. Wir wollen Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen klar geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis kann zukünftig nicht mehr automatisch nach drei Jahren erworben werden, sondern kommt in der Regel erst nach fünf Jahren in Betracht, sofern Integrationsleistungen wie hinreichende Sprachkenntnisse und eine überwiegende Lebensunterhaltssicherung gewährleistet sind. Bei herausragender Integration besteht bereits nach drei Jahren die Möglichkeit der Aufenthaltsverfestigung. Leistung lohnt sich also.

Mit der Wohnortzuweisung bekommen Länder und Kommunen zudem ein Instrument in die Hand, um die Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern und positiv auf die Integration in der Fläche einwirken zu können. Sie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Mit dem Integrationsgesetz setzt Deutschland klare Maßstäbe, um anerkannte Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive besser zu integrieren. Wer in unserem Land Schutz findet,

soll möglichst zügig auf eigenen Beinen stehen können und für sich und seine Familie eine Perspektive haben. Wir stehen für eine realistische Integration auf Zeit, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Ausreichende Sprachkenntnisse, Arbeit und das Bekenntnis zur deutschen Werteordnung sind Voraussetzungen einer erfolgreichen Integration.

Aber auch die Ausreisepflicht der vielen abgelehnten Asylbewerber und Straffälligen muss konsequent durchgesetzt werden. Trotzdem kommen die meisten Bundesländer ihrer Verantwortung hier nur höchst unzureichend nach. Statistiken belegen, dass die Rückführungszahlen der Bundesländer sehr unterschiedlich ausfallen. Einige Länder schieben deutlich mehr Ausländer ohne Bleiberecht ab als andere. Gerade die rot-grün regierten Länder Bremen und Niedersachsen schneiden mit Abschiebequoten von 4,92 Prozent bzw. 20,15 Prozent im Vergleich besonders schlecht ab. Das ist alarmierend und beschämend zugleich. Noch im Juni soll es einen Gipfel der Länder-Innenminister mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als der zuständigen Behörde geben, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière angekündigt hat. Auch hier wird dieses Versagen offen angesprochen werden müssen. Wer das Recht nicht auch zwangsweise durchsetzt, darf sich nicht wundern, wenn es immer weniger befolgt wird. Und wer den politischen Willen nicht hat, Recht auch zu vollziehen, darf sich über den Verdross der Bürger nicht wundern.

Anhörung zur einheitlichen Pflegeausbildung



Die Woche begann mit einer mehrstündigen gemeinsamen Expertenanhörung von Gesundheits- und Familienausschuss zur geplanten Ausbildungsreform in den Pflegeberufen. Über 60 Fachverbände und Einzelsachverständige waren geladen. Eine Vielzahl befürwortet die interdisziplinäre Ausrichtung der Ausbildung, weil in den

Krankenhäusern immer mehr ältere Patienten gepflegt werden müssen und in den Pflegeheimen oft sehr kranke Bewohner. Auch die Einführung des Pflegestudiums und die Abschaffung des Schulgeldes für die Pflegeausbildung werden positiv bewertet.

In der Kinderkrankenpflege wird dagegen ein Verlust an Fachkompetenz befürchtet. Eine fundierte Bewertung der Reformpläne halten die Experten jedoch erst nach Vorliegen der konkreten Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für möglich. Daher wird ein Aussetzen des Gesetzgebungsverfahrens bis zum Vorliegen dieser Verordnung diskutiert.

Milchwirtschaft Möglichkeit zur Mengenregulierung geben

Am Mittwoch hat der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ein Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf schaffen wir die Voraussetzungen, damit für einen begrenzten Zeitraum Mengenabsprachen zur Reduzierung der Rohmilchproduktion innerhalb der Branche getroffen werden können. Damit nutzen wir eine Möglichkeit des europäischen Rechts, die allerdings nur zeitlich begrenzt, nämlich für sechs Monate mit der Option auf weitere sechs Monate, zur Verfügung steht. Dass sich die Oppositionsfaktionen, trotz des Wunsches der Bundesländer nach einer zeitnahen Verabschiedung des Gesetzes, der Abstimmung verweigert haben, ist angesichts der existentiellen Marktkrise verantwortungslos.

Mit dem Gesetz wird das Bundeslandwirtschaftsministerium ermächtigt, Regelungen zu erlassen, um Vereinbarungen von Genossenschaften und Erzeugern für allgemein verbindlich zu erklären und die Vertragsbeziehungen zwischen Erzeugern und Verarbeitern neu zu gestalten. Erklärtes Ziel der Unionsfraktion ist es, dadurch die Vertragsbeziehungen zu überarbeiten und die Marktstellung der Erzeuger zu stärken.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht außer Frage, dass es nicht Aufgabe der Politik ist, Preise oder Mengen festzulegen. Hier sind die Wirtschaftsakteure selbst gefordert, kurzfristige Lösungen zu finden. Mit der Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes schaffen wir dafür den rechtlichen Rahmen. Nun ist es an der Branche selbst, ein deutliches Signal für eine bessere Steuerung des Milchangebots und der Flexibilisierung der Marktstrukturen zu setzen.

Weitere Maßnahmen zur Unterstützung der deutschen Landwirte werden zurzeit zwischen

Bundeslandwirtschaftsministerium und den Koalitionsfraktionen abgestimmt.

Schutz vor Fremdbestimmung und Ausbeutung in der Prostitution

Der Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten belegt, dass das rot-grüne Prostitutionsgesetz aus dem Jahr 2002 gescheitert ist und den von den damaligen Initiatoren gewünschten Effekt, Prostituierte in ein sozialversichertes Angestelltenverhältnis zu bringen, nicht erreicht hat. Angesichts des erheblichen Einflusses der organisierten Kriminalität und der fehlenden Kontrollmöglichkeiten des Milieus hat sich die Lage der meisten Prostituierten seit dem rot-grünen Prostituiertengesetz nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Zustände im Prostitutionsgewerbe sind oftmals von organisierter Kriminalität, Zwangsprostitution, Menschenhandel sowie schlechten Arbeitsbedingungen der Prostituierten gekennzeichnet.

Mit dem jetzt in erster Lesung beratenen Gesetzentwurf gehen wir gegen diese Probleme vor. Nach langen und zähen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner wird in dieser Woche ein Signal gesetzt, dass Deutschland nicht das unkontrollierte Bordell Europas bleibt. Vor allem auf Drängen der Union ist eine Erlaubnispflicht für Bordellbetreiber, eine Anmeldepflicht, regelmäßige Gesundheitsberatung für alle Prostituierten und eine Kondompflicht vorgesehen. Der Schutz von 18- bis 20-jährigen Prostituierten wird verbessert. Es geht nicht nur um die Bekämpfung des kriminellen Umfelds, sondern darum, jede Form der Fremdbestimmung in der Prostitution einzudämmen: Gewalt, Einschüchterung, Manipulation, Ausnutzen von Hilflosigkeit, Mietwucher, Uninformiertheit, schlechte Arbeitsbedingungen, Flat-Rate- und Pauschalangebote durch Betreiber.

Am Donnerstag wurde das Gesetz im Plenum verabschiedet. Wenn der Bundesrat der Fristverkürzungsbitte zustimmt, kann das Gesetz bereits am 17. Juni im Bundesratsplenum beraten werden.

Exzellenzinitiative und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Ebenfalls beraten wurde die Fortführung der Stärkung der Universitäten und des Wissenschaftsstandortes Deutschland. Am 16. Juni 2016 wollen Bund und Länder eine von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vorbereitete Einigung hierzu abschließend entscheiden. Diese soll langfristig gelten und den Wettbewerb um die besten Köpfe auf eine solide Grundlage stellen – und umfasst drei Bestandteile:

Erstens eine Erneuerung der Exzellenzinitiative, die mit jährlich insgesamt 533 Millionen Euro ausgestattet wird. Hier sollen einerseits Forschungsfelder projektbezogen durch Exzellenzcluster, andererseits Universitäten durch die Stellung als Exzellenzuniversität gefördert werden. Drei Viertel der Kosten werden durch Bund getragen, der Rest durch das Land, in dem die Förderung stattfindet. Zweitens soll ein Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beschlossen werden, mit dem strukturelle Verbesserungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs erzielt werden sollen. Mit einer Milliarde Euro sollen über 15 Jahre insbesondere transparentere und zuverlässig planbare Karrierewege im Rahmen sogenannter Tenure-Track-Professuren (befristete Professur, die nach gewisser Zeit zur Dauerprofessur wird und Nachwuchswissenschaftlern so planbare Laufbahn ermöglicht) gefördert werden. Schließlich wird die Förderinitiative „Innovative Hochschule“ die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und Fachhochschulen verbessern. Für diese Förderinitiative stellen Bund und Länder bis zu 550 Millionen Euro für zehn Jahre bereit

Aus dem Wahlkreis



Zum 70. Geburtstag der CDU **Peine** folgten zahlreiche Gäste der Einladung des Kreisverbandes ins Peiner Forum. Eine gelungene Veranstaltung, u.a. mit Hans-Gert Pöttering.

Übergabe der ZILE-Förderbescheide im Schloss **Gifhorn**: Aus EU, -Bundes- und Landesmitteln werden Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung in die Kommunen gegeben. Bisher sind mehrere Mio. Euro in die Landkreise Gifhorn und Peine geflossen.



Weg frei für offene WLAN-Netze

Kostenloses Einloggen in WLAN-Netze soll, wie in anderen Ländern längst üblich – auch in Deutschland Standard werden. Hürden wie Vorschaltseiten, Verschlüsselung oder die Belehrung der Nutzer über Rechtsverletzungen werden nun abgeschafft. Zukünftig werden Anbieter wie Cafés, Hotels oder ganze Innenstädte, die Dritten einen Internetzugang über ein drahtloses lokales Netzwerk zur Verfügung stellen, den gleichen Bedingungen unterliegen, wie sie jetzt schon Internetzugangsanbieter besitzen. Für viele Unternehmen in Deutschland sind offene Funknetze eine unverzichtbare Möglichkeit, Kunden zu gewinnen und zu binden – dieses Angebot wird in Zukunft ohne technische Hürden oder rechtliche Unsicherheiten möglich sein. Die Haftungsfreistellung erstrecken wir auch auf alle privaten Anbieter.

Wir wollen auch zügig rechtssichere Regelungen für schnelle und effektive Verfahren zur Rechtsdurchsetzung im Internet etablieren. Plattformen, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrechten basieren, sollen legal keine

Werbeeinnahmen generieren dürfen. Die Finanzströme von Plattformen, die gewerbsmäßig Rechte des geistigen Eigentums verletzen, ausgetrocknet werden.

An die Bundesregierung geht aber auch die Forderung, gezielt zu erfassen, in welchem Umfang Persönlichkeitsrechte und der Schutz des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs im Internet verletzt wurden.

Die Änderungen tragen nicht nur zur weiteren Verbreitung von WLAN-Hotspots bei. Sie leisten darüber hinaus auch einen entscheidenden Beitrag für digitale Teilhabe, für eine flächendeckende Breitbandversorgung und für die Einhaltung selbstverständlicher Umgangsformen auch im Internet. Unserer Auffassung nach gelten unsere Gesetze nicht nur in der analogen Welt, sondern auch und gerade im Internet.

Die Bundesregierung hatte dem Deutschen Bundestag im Herbst letzten Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf hielt an der sogenannten Störerhaftung fest. Unter Störerhaftung versteht man das Prinzip, dass der Anbieter eines WLAN-Hotspots für Vergehen seiner Nutzer unter Umständen in die Haftung genommen werden kann, wenn über den WLAN-Hotspot illegal Filme oder Musik kopiert wurden. Sie war in der Vergangenheit immer wieder der Auslöser für zahlreiche Abmahnwellen.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226

